



## **Ausschuss für Kommunalpolitik**

17. Sitzung (öffentlich)

28. November 2001

Düsseldorf - Haus des Landtags

13.30 Uhr bis 14.25 Uhr

Vorsitz: Jürgen Thulke (SPD)

Stenograf: Michael Endres

### **Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

Seite

- 1 Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2002 und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit im Haushaltsjahr 2002**

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 13/1402, 13/1700 und 13/1790

Vorlagen 13/848, 13/8573 und 13/1008

1

Abschließende Beratung und Abstimmung über ein Votum an den federführenden Haushalts- und Finanzausschuss gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Die Abstimmung über die einzelnen Anträge sind in der Vorlage 13/1148 als Votum an den Haushalts- und Finanzausschuss zu finden.

Das GFG 2002 in der zuvor vom Ausschuss geänderten Fassung wird mit den Stimmen von SPD und Grünen gegen die Stimmen von CDU und FDP angenommen.

Berichterstatter: Erwin Siekmann (SPD)

**2 Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen - Aufnahme von Kinderrechten**

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
Drucksache 13/472  
Vorlage 13/981  
Ausschussprotokoll 13/358

4

Der Ausschuss kommt nach Information und auf Anregung seitens Monika Düker (GRÜNE) überein, die Beratung zu dem Tagesordnungspunkt zu schieben, bis eine in Aussicht genommene fraktionsübergreifende Einigung, die sich zwischenzeitlich auf gutem Wege befunden habe, vorliege.

**3 NRW muss die Chancen der Globalisierung für den Mittelstand nutzen!**

Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 13/1481

4

Der Ausschuss lehnt nach kurzer Beratung den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Grünen gegen die Stimmen der Fraktion der CDU bei Enthaltung der FDP-Fraktion ab.

**4 Effizienter Mitteleinsatz bei der Abwasserbeseitigung**

Antrag der Fraktion der FDP  
Drucksache 13/1664 (Neudruck)

in Verbindung damit:

**5 Umweltstandards halten - Gebührenlast der Bürger konsequent senken**

Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 13/1739

Der Ausschuss kommt nach kurzer Aussprache überein, die Beratung zu schieben, da der federführende Ausschuss eine Anhörung zu beiden Anträgen durchführen will.

\*\*\*\*\*

keiten nach oben und unten offen. Ob das im Sinne des Ausschusses für Kommunalpolitik sein könne, sei fraglich.

**Dr. Axel Horstmann (SPD)** versteht den materiellen Einwand von Herrn Wilp sehr gut. Wenn das Land sich nun dazu entscheide, die Kommunen zur Mitfinanzierung von Krankenhausinvestitionen heranzuziehen, sollte nicht der Eindruck entstehen, damit würde sozusagen eine neue Stellschraube geschaffen. Aber gerade dadurch, dass die Materie im Krankenhausgesetz geregelt werde und nicht im Gemeindefinanzierungsgesetz, das bekanntlich jährlich verabschiedet werde, könne den Kommunen mehr die Sicherheit gegeben werden, dass es nicht zu schnellen Veränderungen ihrer Beteiligungen an den Krankenhausinvestitionen komme. Dieses Argument sei ein wesentlicher Grund dafür gewesen, es nicht im Rahmen der Gemeindefinanzierung zu regeln, um erst gar nicht den Eindruck aufkommen zu lassen, hier würde jährlich eine Quote verändert werden.

*(Abstimmungsergebnis siehe Beschlussteil)*

## **2 Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen - Aufnahme von Kinderrechten**

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
Drucksache 13/472  
Vorlage 13/981  
Ausschussprotokoll 13/358

*(Ergebnis siehe Beschlussteil)*

## **3 NRW muss die Chancen der Globalisierung für den Mittelstand nutzen!**

Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 13/1481

**Vorsitzender Jürgen Thulke** schickt voraus, der Antrag sei am 15. November 2001 vom Plenum an den Wirtschaftsausschuss - federführend - sowie zur Mitberatung an den AKo, den HFA und den AGS-Ausschuss überwiesen worden. Ein Beratungsfahrplan des federführenden Ausschusses sei noch nicht bekannt.

**Ewald Groth (GRÜNE)** bezieht sich auf die Punkte 4 und 11 unter dem Punkt III "Folgerungen der Mittelstandspolitik in NRW". Besonders interessant sei die Forderung, dass VOB und VOL auch künftig angewandt würden und das Nachverhandlungsgebot erhalten bleibe